

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b> .....	17
<b>§ 1 Defizite der Revision in Deutschland bei der Kontrolle von Beweiswürdigung und Strafzumessung</b> .....	21
A. Das Protokoll der Hauptverhandlung .....	21
I. Das Formalprotokoll und die fehlende Protokollierung der Beweisinhalt	22
II. Die Diskussion um eine umfassende Protokollierung der Hauptverhandlung	23
III. Stellungnahme .....	32
B. Keine unmittelbare Kontrolle der Beweiswürdigung – oder doch? .....	35
I. Die historische Konzeption der Revision und Reformbestrebungen .....	35
1. Die Vorstellungen des historischen Gesetzgebers .....	35
2. Die Rechtsschutzlücke der historischen Konzeption .....	37
3. Reformdiskussionen .....	39
II. Die erweiterte Sachrüge in der Rechtsprechungspraxis .....	41
1. Die Kontrolle der tatsächlichen Feststellungen .....	42
2. Die Kontrolle der Beweiswürdigung im Rahmen der Sachrüge .....	44
III. Notwendigkeit einer Neuformulierung der Aufgabenteilung .....	50
1. Schwankungen in der Praxis .....	53
2. Anregung einer Neuformulierung .....	56
IV. Defizite der erweiterten Sachrüge .....	58
1. Abweichung von der historischen Konzeption – Vereinbarkeit mit § 337 StPO .....	58
a) Zulässigkeit der erweiterten Sachrüge bei wortlautorientierter Auslegung .....	59
b) Gründe für das Zurückstehen der historischen Auslegungsmethode ..	62
c) Komplette Lossagung von historischen Umschreibungen oder weiterhin Verständnis als „reine Rechtskontrolle“? .....	65
d) Zwischenergebnis .....	68
2. Unklare Herleitung des Kontrollumfangs .....	69
3. Abgrenzungsprobleme zur Verfahrensrüge .....	70
4. Konturlosigkeit und Unvorhersehbarkeit – aber zugleich Flexibilität ....	71
5. Die Urteilsgründe als alleinige Kontrollgrundlage .....	73
6. Mehraufwand für die Tatgerichte .....	77
7. Notwendigkeit einer Belastungsreduktion über Beschlussverwerfungen	80

V.	Zusammenfassung .....	82
C.	Kontrolle der tatsächlichen Feststellungen über die Verfahrensrüge und das Verbot der Rekonstruktion der Hauptverhandlung .....	85
I.	Verstöße gegen § 261 oder § 244 StPO als Anknüpfungspunkte für eine Kontrolle der tatsächlichen Grundlagen des Urteils .....	85
II.	Das Verbot der Rekonstruktion der Hauptverhandlung .....	88
	1. Reichweite des Rekonstruktionsverbots .....	91
	2. Konsequenzen für das Potential der dargestellten Verfahrensrügen .....	95
III.	Begründung des Rekonstruktionsverbots .....	98
	1. Eingeschränkte Nachweisbarkeit und Nachweisqualität .....	98
	2. Die Aufgabenteilung zwischen Tat- und Revisionsgericht, das „Wesen der Revision“ und die „Ordnung des Revisionsverfahrens“ .....	101
	3. Schutz der freien Beweiswürdigung und des Strengbeweisverfahrens ...	103
	4. „Leistungsmethode“ und die Funktionsfähigkeit der Revision .....	104
	5. Zulässige Beweisantizipation und § 261 StPO .....	106
IV.	Zusammenfassung .....	108
D.	Zur generell abnehmenden Bedeutung der Verfahrensrüge .....	109
I.	Wege der Zurückdrängung der Verfahrensrüge .....	110
II.	Bewertung der Zurückdrängung der Verfahrensrüge vor dem Hintergrund der erweiterten Sachrüge .....	111
	1. Weiteres Indiz für eine geänderte Aufgabenteilung .....	112
	2. Auswirkungen auf den Rechtsschutz insgesamt .....	112
	3. Konsequenz: Kontrolle der Urteile auf inhaltliche Richtigkeit „von Amts wegen“ unter Marginalisierung der Einflussmöglichkeiten des Revisionsführers .....	114
	4. Genügt die erweiterte Sachrüge, um die Zurückdrängung der Verfahrensrüge zu kompensieren? .....	115
E.	Die Kontrolle der Strafzumessungsentscheidung .....	116
I.	Kontrolle mit keinem oder nur eingeschränktem Beurteilungsspielraum der Tatgerichte .....	117
II.	Die Auswahl der relevanten Faktoren als Einfallstor für die revisionsgerichtliche Kontrolle .....	119
III.	Zurückhaltende Kontrolle der Strafzumessung im engeren Sinn .....	121
IV.	Bedeutung für die Aufgabenteilung .....	122
V.	Bewertung der Kontrolle der Strafzumessungsentscheidung .....	123
	1. Ausreichender Umfang des Rechtsschutzes .....	123
	2. Verbesserungspotential bei Zugriff auf die Inhalte der Hauptverhandlung	124
	3. Weitere parallele Defizite im Vergleich zur Kontrolle der Beweiswürdigung? .....	125
VI.	Zusammenfassung .....	126
F.	Zwischenergebnis .....	127

<b>§ 2 Die Aufgabenteilung zwischen Appeal und Trial am ICC</b>	129
A. Die Protokollierung der Hauptverhandlung am ICC	131
B. Der Prüfungsmaßstab der Rechtsmittelkammer bezüglich der Schuldfrage	133
I. Die von der Rechtsmittelkammer herangezogenen Rechtsquellen	133
II. Fehlerhafte Tatsachenfeststellung („ <i>error of fact</i> “)	135
1. Abstrakter Standard für Appeals des Verurteilten	135
2. Übernahme und Anpassung des Standards für Appeals des Anklägers	139
3. Die Kontrolle von Indizienbeweisen	140
4. Entscheidungsgrundlage und Bedeutung der Urteilsbegründung für die Suche nach Fehlern in den tatsächlichen Feststellungen	140
III. Fehlerhafte Rechtsanwendung („ <i>error of law</i> “)	142
IV. Verfahrensfehler („ <i>procedural error</i> “)	142
1. Allgemeines	142
2. Die unzureichende Urteilsbegründung als Verstoß gegen Art. 74 Abs. 5 S. 1 ICC-Statut	144
3. Stellungnahme zu dieser Darstellungskontrolle	146
V. Das Beruhen („ <i>materially affected</i> “)	148
1. Der Beruhensmaßstab für Rechts- und Verfahrensfehler	148
2. Besonderheiten beim Tatsachenfehler	149
VI. Beeinträchtigung der Fairness und der Verlässlichkeit	150
VII. Darlegungslast	152
1. Die Darlegungsanforderungen für Tatsachenfehler	153
2. Darlegungspflichten für die rechtlich geprägten Rügen	154
3. Behandlung trotz Darlegungsmängeln und <i>proprio motu</i> -Kompetenz	155
VIII. Zwischenfazit	157
C. Praktische Umsetzung der Maßstäbe in der bisherigen Rechtsprechung	159
I. Darlegungspflichten	160
1. Allgemeines	160
2. Der bloße Vortrag einer alternativen Beweiswürdigung	163
II. Tatsachenfehler	164
1. Kontrollumfang: mögliche Fälle von Tatsachenfehlern	165
a) Die Fehlerarten	165
b) Rügen von Beweisregeln	168
c) Zwischenergebnis im Vergleich zur deutschen Revision	170
2. Die Kontrolltiefe	171
a) Bisher bejahte Fälle von Tatsachenfehlern	172
b) Typisches Vorgehen der Rechtsmittelkammer	174
c) Zusammenfassung der Kontrolltiefe	180
3. Nutzung der Transkripte im Rahmen des Tatsachenfehlers und daraus resultierende Vorteile	181

4. Bedeutung der Urteilsgründe und der Appealbegründung für die Kontrolle	182
a) Möglichkeiten der Beurteilung ohne Transkripte	183
b) Urteilsgründe als Kontrollgegenstand und Orientierungspunkt	184
c) Möglichkeiten eines „appealsicheren“ Urteils oder der Aufhebung wegen Begründungsmängeln	185
5. Zusammenfassung	188
III. Rechtsfehler	189
1. Allgemeines	189
2. Trennung zwischen Rechts- und Tatsachenfehlern	189
IV. Verfahrensfehler	192
1. Allgemeines	192
2. Die Rüge einer unzureichenden Urteilsbegründung	193
3. Abgrenzung zu den anderen Rügen	194
V. Beeinträchtigung der Fairness und der Verlässlichkeit	196
VI. Nutzung der Transkripte über die Beurteilung der Beweisinhalt hinaus	198
VII. Die Beruhensprüfung („ <i>materially affected</i> “)	200
1. Rechts- und Verfahrensfehler	201
a) Die Frage der Perspektive	201
b) Stellungnahme zum Beruhensmaßstab	203
2. Tatsachenfehler	205
a) Die Verantwortungsübernahme für tatsächliche Feststellungen über das Beruhen	205
b) Zur Perspektive	207
c) Unklare Abgrenzung zur Vertretbarkeitskontrolle	208
d) Zusammenfassung	210
VIII. Kurzer Überblick über die Situation an anderen internationalen Strafgerichtshöfen (SCSL, ICTY, ICTR)	210
IX. Zusammenfassung der praktischen Handhabung	214
D. Die <i>Bemba</i> -Entscheidung als „gescheiterte Revolution“	216
I. Der Kontrollmaßstab für Tatsachenfehler in der <i>Bemba</i> -Entscheidung	217
1. In der Sache Bruch mit dem Vertretbarkeitsmaßstab	218
2. Kaum noch Unterschied zu einer <i>de novo</i> -Beurteilung der Beweise	219
3. Die konkrete Umsetzung der Maßstäbe	220
II. Die Völkerstrafrechtliche Diskussion	221
III. Stellungnahme	226
E. Auswirkungen dieses Überprüfungsmaßstabs auf das erstinstanzliche Verfahren	230
I. Gestaltung der Beweisaufnahme, insbesondere Zulassung von Beweismitteln vor der Hauptverfahrenskammer	230
II. Urteilsbegründung	235

F. Der Appeal gegen die Strafzumessungsentscheidung .....	238
I. Der Appeal gegen die Strafzumessungsentscheidung und dessen Verhältnis zum Schuldspruch .....	238
II. Appealgründe gegen die Strafzumessungsentscheidung .....	239
III. Die Strafzumessungsfaktoren als mögliche Rechtsfehler .....	242
1. Doch ein weitergehendes Ermessen? .....	243
2. Ungeklärtes Verhältnis der Zumessungsfaktoren .....	244
3. Zusammenfassung .....	246
IV. Die Kontrolle der Strafzumessung im engeren Sinn .....	246
V. Darlegungslast .....	247
VI. Beruhen .....	248
VII. Bisher festgestellte Fehler in der Strafzumessung .....	249
VIII. Zusammenfassung der Aufgabenteilung bei der Strafzumessung .....	249
G. Verfahren vor der Rechtsmittelkammer .....	250
I. Die Notwendigkeit einer mündlichen Verhandlung vor der Rechtsmittelkammer .....	251
II. Schriftsatzrechte und Fristen .....	252
H. Die Möglichkeiten zur Beweisaufnahme und zur eigenen Sachentscheidung durch die Rechtsmittelkammer .....	256
I. Beweisaufnahme vor der Rechtsmittelkammer zur Schuld- und Straffrage .....	257
1. Wiederholung der Beweisaufnahme aus erster Instanz .....	258
2. Die Voraussetzungen zur Zulassung neuer Beweismittel .....	259
3. Entscheidung der Rechtsmittelkammer nach Zulassung neuer Beweise .....	262
II. Eigene Sachentscheidung durch die Rechtsmittelkammer .....	265
1. Die Entscheidungsmöglichkeiten der Rechtsmittelkammer .....	265
2. Entscheidungsmaßstab im Falle einer eigenen Sachentscheidung .....	267
3. Probleme der umfassenden eigenen Sachentscheidungskompetenz .....	268
III. Zusammenfassung .....	270
I. Zwischenergebnis .....	271
<b>§ 3 Chancen und Risiken einer Annäherung an den Appeal am ICC .....</b>	<b>275</b>
A. Appeal und deutsche Revision – grob skizzierte Unterschiede und Gemeinsamkeiten .....	276
I. Auf den ersten Blick: zwei sehr verschiedene Rechtsmittel .....	276
II. Die konvergierende Praxis .....	276
1. Die Konvergenz abstrakt beschrieben .....	277
2. Erkannte Gemeinsamkeiten im Detail .....	277
3. Beispiele aus der Praxis .....	278
III. Verbleibende Unterschiede .....	280

IV.	Schlussfolgerungen .....	281
1.	Umstellung, aber kein Eingriff in das „Wesen der Revision“ .....	281
2.	Chancen für den Rechtsschutz .....	283
3.	Mehrbelastungen und Gefahren für die Rechtseinheit .....	283
B.	Praktische Umsetzung des Zugriffs auf die Beweisinhalt .....	284
I.	Normierung des Rekonstruktionsverbots .....	285
II.	Die Beschränkung auf erstinstanzliche Verfahren vor Land- und Oberlandesgerichten .....	285
III.	Überschießender Dokumentationsaufwand .....	288
IV.	Skepsis hinsichtlich der Verlässlichkeit der Transkription .....	291
V.	Zusammenfassung .....	293
C.	Systematische Einordnung der Kontrolle der Beweiswürdigung .....	294
I.	Anknüpfung an die Rügen des Appeals .....	294
II.	Integrationsfähigkeit des Tatsachenfehlers in die bisherige Rügesystematik .....	295
III.	Einordnung als Sachrüge .....	296
IV.	Einordnung als Verfahrensrüge .....	297
1.	Die Abhängigkeit des Rechtsschutzes von Darlegungen des Revisions- führers .....	300
2.	Verhältnis zu sonstigen Rügen .....	304
a)	Verhältnis der Vertretbarkeitskontrolle zur Sachrüge .....	305
b)	Verhältnis der Vertretbarkeitskontrolle zu anderen Verfahrensrügen .....	307
V.	Zusammenfassung .....	308
D.	Chancen für die Effektivität des Rechtsschutzes .....	309
I.	Chancen einer Kontrolle unter Zugriff auf die Beweisinhalt .....	310
II.	Warnung vor zu hohen Erwartungen .....	313
III.	Der Vertretbarkeitsmaßstab – Flexibilität zum Preis von Rechtsunsicherheit .....	315
IV.	Risiken bei zu geringer Zurückhaltung der Revisionsgerichte .....	317
V.	Zusammenfassung .....	321
E.	Das Risiko einer unzureichenden Tatsachengrundlage .....	321
I.	Generelle Bedenken gegen eine Kontrolle mit nur eingeschränkter Ent- scheidungsgrundlage .....	323
II.	Verpflichtende Gegenerklärung .....	326
1.	Angebliche Systemfremdheit .....	327
2.	Einwände gegen die Verlässlichkeit der Gegenerklärung .....	329
3.	Verpflichtende Gegenerklärung des Angeklagten .....	332
III.	Dienstliche Erklärung des Tatgerichts .....	333
IV.	Zusammenfassung .....	336

F. Chancen und Risiken für die Beruhensprüfung .....	336
I.    Keine Übernahme des Beruhensmaßstabs des ICC .....	337
II.   Die Bedeutung des Zugriffs auf die Beweisinhalt für die Beruhensprüfung .....	338
III.  Darlegungslasten für das Beruhen .....	344
IV.  Abgrenzung zwischen Fehlerkontrolle und Beruhensprüfung .....	345
V.    Zusammenfassung .....	346
G. Eigene Beweisaufnahme in der Revision und erweiterte Möglichkeiten der eigenen Sachentscheidung durch das Revisionsgericht .....	347
H. Weitere Auswirkungen einer Annäherung auf die Tatgerichte .....	348
I.    Umfang und Inhalt tatrichterlicher Urteile .....	349
1. Ersetzung der Darstellung der Beweisinhalt durch Verweisungen .....	349
2. Beeinflussbare Auswirkungen mit Blick auf den Erörterungsumfang ...	351
II.   Gestaltung der Beweisaufnahme und Beweisantragsrecht .....	352
1. Größere Freiheiten bei der Ablehnung von Beweisanträgen .....	353
2. Beweisantragsrügen und Beruhen .....	359
I. Mehrbelastungen für die Verfahrensbeteiligten .....	360
I.    Mehrbelastungen für die Revisionsgerichte .....	362
II.   Mehrbelastungen für die Verteidigung .....	366
III.  Mehrbelastungen für (General-)Staatsanwaltschaften und die Bundesan- waltschaft .....	368
IV.  Entlastung der Tatgerichte .....	369
V.    Zusammenfassung .....	370
J. Eingeschränkte Förderung der Rechtseinheit .....	371
K. Andere Vorschläge einer Reform der Revision gegen die tatsächlichen Feststel- lungen .....	374
I.    Zugriff auf die Dokumentation der Hauptverhandlung in Anlehnung an die Rechtsprechung zum Rekonstruktionsverbot .....	376
II.   Feststellungsrüge nach Mosbacher .....	377
III.  Alternativ-Entwurf .....	378
IV.  Schletz .....	380
V.    Andoor .....	380
VI.   Zusammenfassung .....	382
L. Ergebnis .....	383
<b>Schluss .....</b>	<b>388</b>

**Verzeichnis der zitierten Dokumente der internationalen Strafgerichtshöfe . . . . . 390**

I. International Criminal Court (ICC) . . . . . 390

1. *Bemba* . . . . . 390

    a) Appeals Chamber . . . . . 390

        aa) Judgments . . . . . 390

        bb) Other Decisions . . . . . 391

        cc) Transcripts . . . . . 391

    b) Trial Chamber III . . . . . 391

2. *Bemba et al.* (nur Appeals Chamber) . . . . . 391

    a) Judgments . . . . . 391

    b) Other Decisions . . . . . 392

    c) Submissions . . . . . 392

3. *Gbagbo and Blé Goudé* . . . . . 392

    a) Appeals Chamber . . . . . 393

        aa) Judgment . . . . . 393

        bb) Other Decisions . . . . . 393

        cc) Submissions . . . . . 393

    b) Trial Chamber I . . . . . 393

4. *Lubanga* . . . . . 394

    a) Appeals Chamber . . . . . 394

        aa) Judgments . . . . . 394

        bb) Other Decisions . . . . . 394

        cc) Submissions . . . . . 394

    b) Trial Chamber I . . . . . 394

        aa) Judgment . . . . . 394

        bb) Other Decisions . . . . . 395

5. *Ngudolo Chui* (nur Appeals Chamber) . . . . . 395

    a) Judgment . . . . . 395

    b) Other Decisions . . . . . 395

    c) Submissions . . . . . 395

6. *Ntaganda* . . . . . 396

    a) Appeals Chamber . . . . . 396

        aa) Judgments . . . . . 396

        bb) Other Decisions . . . . . 396

        cc) Submissions . . . . . 396

    b) Trial Chamber VI . . . . . 397

7. *Ongwen* . . . . . 397

    a) Appeals Chamber . . . . . 397

        aa) Judgments . . . . . 397

        bb) Other Decisions . . . . . 397



b) Trial Chamber IX .....	397
8. Sonstige Fälle und Situationen .....	398
II. International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY) .....	399
III. International Criminal Tribunal for Rwanda (ICTR) .....	400
IV. Mechanism for International Criminal Tribunals (MICT) .....	400
V. Special Court for Sierra Leone (SCSL) .....	400
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>401</b>
<b>Sachwortverzeichnis .....</b>	<b>428</b>